

Regierungserklärung von Otto Grotewohl (Berlin, 12. Oktober 1949)

Legende: Am 12. Oktober 1949 verurteilt Otto Grotewohl, Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), in einer Rede die Haltung der Westmächte und bedankt sich bei der Sowjetunion für deren Unterstützung bei der Gründung der DDR.

Quelle: GROTEWOHL, Otto. Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik, Reden und Aufsätze. Auswahl aus den Jahren 1945-1953. Band I: 1945-1949. Berlin: Dietz Verlag, 1954. 568 S. p. 509-512; 520-532.

Urheberrecht: (c) Karl Dietz Verlag Berlin

URL:

http://www.cvce.eu/obj/regierungserklarung_von_otto_grotewohl_berlin_12_oktober_1949-de-e5e3dbfc-edob-4e57-a5e2-e79fcdf888f9.html



Publication date: 27/02/2023

Regierungserklärung von Otto Grotewohl (Berlin, 12. Oktober 1949)

Die Bildung der Regierung

Am 7. Oktober 1949 bin ich nach der Konstituierung der provisorischen Volkskammer von ihrer stärksten Fraktion, der Fraktion der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, als Ministerpräsident für die provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik benannt worden. Dem von Ihrem Herrn Präsidenten ausgesprochenen Wunsche folgend, habe ich sofort die Besprechungen zur Regierungsbildung mit den Fraktionen dieses hohen Hauses aufgenommen. Der Wille aller Fraktionen, tätig am Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik und an der Lösung der vor uns liegenden schweren Aufgaben teilzunehmen, hat uns rasch zum Ziel geführt. Ich habe daher heute die Ehre, Ihnen die von mir gebildete provisorische Regierung vorzustellen und das Programm dieser Regierung vorzulegen mit der Bitte, die von mir gebildete Regierung zu bestätigen und das Regierungsprogramm zu billigen.

Warum brauchen wir eine Regierung?

Die Bildung der provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist ein Ausdruck des unerschütterlichen Willens der demokratischen Kräfte des deutschen Volkes, seine nationale Not zu überwinden und sein Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Die Bildung dieser Regierung ist der Ausdruck der Tatsache, daß die demokratischen Kräfte unseres Volkes nicht gewillt sind, sich mit der Spaltung unseres Vaterlandes und mit der Versklavung seiner westlichen Teile abzufinden, sondern daß sie von dem eisernen Willen beseelt sind, beharrlich den Kampf um die Wiedererlangung der Einheit Deutschlands und seiner Souveränität auf demokratischer und friedlicher Grundlage zu führen.

Der von den Westmächten ins Leben gerufene Bonner Separatstaat ist die Vollendung der Spaltung Deutschlands, die von den imperialistischen Westmächten seit Jahr und Tag mit Beharrlichkeit betrieben wurde. Die dem deutschen Volke im Potsdamer Abkommen feierlich gegebenen Versprechungen wurden von diesen Mächten mit Füßen getreten, um in Deutschland ihre imperialistische Politik durchzuführen.

Unmittelbar nach der Beendigung des zweiten Weltkrieges gingen die führenden englisch-amerikanischen Kreise mit der Aufstellung der Trumandoktrin und des Marshallplans dazu über, eine dem Potsdamer Abkommen feindliche Politik durchzuführen. Sie verweigerten hartnäckig dem deutschen Volke den versprochenen Friedensvertrag, sie verhinderten die Bildung zentraler deutscher Verwaltungsorgane und zerrissen durch eine Kette von Vertragsbrüchen die im Potsdamer Abkommen gewährleistetete Einheit Deutschlands. Bereits im Dezember 1946 wurde von den Regierungen der USA und Großbritanniens ein Abkommen über die Bildung der Bizone getroffen, das den ersten praktischen Schritt auf dem Wege zur Zerreißung Deutschlands bedeutete. Mit der Bildung des bizonalen Wirtschaftsrates wurde ein separates Verwaltungsorgan in Westdeutschland gebildet. Es war klar, daß mit diesen Maßnahmen die im Potsdamer Abkommen vorgesehene Viermächteverwaltung Deutschlands erschüttert wurde. Trotz der Warnungen und Proteste der Regierung der Sowjetunion, trotz des Widerstandes der deutschen demokratischen Kreise setzten die imperialistischen Mächte und ihre deutschen Beauftragten die Spaltungspolitik fort. Im Jahre 1947 führten sie die wirtschaftliche Abtrennung des Ruhrgebiets von Deutschland und die Unterstellung dieses wichtigsten deutschen Industriegebietes unter die Kontrolle der USA und Großbritanniens durch. 1948 beschlossen die imperialistischen Westmächte unter Beteiligung der Beneluxländer in den Londoner Beratungen ihre berichtigten Empfehlungen, die weitere Befehle zur Durchführung der Spaltungspolitik waren. Die separate Währungsreform in Westdeutschland und in Berlin bedeutete noch einen wesentlichen Schritt auf diesem verhängnisvollen Wege. Im April 1949 beschlossen dieselben Mächte in Washington, den westlichen Besatzungszonen ein Besatzungsstatut aufzuzwingen, um damit Westdeutschland für unbestimmte Frist militärisch in der Hand zu behalten. Um ihre Herrschaft über die Ruhr zu festigen, beschlossen sie das Ruhrstatut.

Schließlich führten sie mit der Errichtung des Bonner Separatstaates die Spaltung zu Ende. Diese systematisch betriebene Spaltungspolitik versuchten sie mit der Bonner Verfassung zu maskieren, die nur eine Ausführungsbestimmung des Besatzungsstatuts ist.

Bei einer solchen Politik konnten sich die imperialistischen Mächte nicht auf die demokratischen und fortschrittlichen Kräfte des deutschen Volkes stützen, die ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland wollen. Darum verhinderten sie die Durchführung der Entmilitarisierung und der Demokratisierung Westdeutschlands, sie verhinderten die Vernichtung der großen kapitalistischen Monopole und brachten dieselben Kräfte wieder an die Macht, die in Deutschland die faschistische Herrschaft errichtet und den Hitlerkrieg inspiriert hatten. In den Westzonen Deutschlands wurden die Grundlagen des deutschen Imperialismus wiedererrichtet. Westdeutschland ist ein Tummelplatz ausländischer und deutscher Imperialisten und Militaristen. Diese Elemente sind es, die heute im Bonner Separatstaat wiederum eine reaktionäre Herrschaft errichtet haben und darangehen, das deutsche Volk ein drittes Mal auf den verhängnisvollen Weg der kapitalistischen Wirtschaftskrisen und imperialistischen Kriegsabenteuer zu führen.

Schon lasten die Folgen der monopolistischen Wirtschaftspolitik mit ungeheurer Wucht auf unseren Landsleuten in den westlichen Besatzungszonen. Die Schuldenlast des westdeutschen Separatstaates beträgt bereits mehr als 5 Milliarden Dollar und nimmt ständig zu. Obwohl zahlreiche Großstädte in den Westzonen noch immer in Trümmern liegen, geht das Gespenst der Arbeitslosigkeit um, das den Volksmassen Hunger und Elend bringt. Wiederum, wie unter Hitler, wird diese Notlage des Volkes dazu ausgenützt, um es für imperialistische Kriegsziele zu mißbrauchen. Die herrschenden Kreise Westdeutschlands führen den Auftrag ihrer imperialistischen Herren durch, die Rüstungsindustrie zum Arsenal des amerikanischen Imperialismus zu machen, Westdeutschland in ein Aufmarschgebiet für eine neue Aggression umzuwandeln und die Bevölkerung der deutschen Westzonen als Kanonenfutter für die Interessen ausländischer Finanzkreise zu verschachern. Darum betreiben die Herren so eifrig den Anschluß des Bonner Separatstaates an die Europaunion und seine Eingliederung in den Nordatlantiktakt. Der Weg im Westen ist der gleiche Weg in Verderben, Not und Tod, auf dem einst Hitler das deutsche Volk in den Abgrund führte.

Die drohende Gefahr eines imperialistischen Krieges hat uns mit gebieterischer Notwendigkeit die Aufgabe gestellt, für den Kampf zur Wiedervereinigung Deutschlands, für den demokratischen Neuaufbau und für den Frieden eine wirkungsvolle und starke Führung zu schaffen. Dazu haben wir die Deutsche Demokratische Republik konstituiert und die provisorische Regierung gebildet.

Die provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist sich dabei dessen bewußt, daß sie ihre Aufgabe nur erfüllen kann, wenn sie einen neuen Weg, den Weg des Friedens und der Demokratie beschreitet.

[...]

Wir sind nicht allein

Wir wissen, daß wir in unserem Kampf um die Einheit Deutschlands, der ein Bestandteil des Kampfes um den Frieden ist, nicht allein stehen. Wir haben das Glück, uns in diesem Kampf auf das große Lager des Friedens in der Welt stützen zu können, dessen ständig zunehmende Stärke die imperialistischen Kriegsinteressenten Schritt um Schritt zurückdrängt. Diese Kräfte des Friedens in der ganzen Welt werden geführt von der Sowjetunion, die eine andere Politik als die Politik des Friedens weder kennt noch kennen kann.

„...die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.“¹

Diese Worte des Generalissimus Stalin, ausgesprochen noch während des Krieges im Februar 1942, haben dem deutschen Volke Hoffnung und Zuversicht eingebläht. Die Politik der Sowjetregierung seit dem Mai 1945 war geradlinig ohne irgendwelche Abweichungen auf das Ziel der Errichtung eines dauerhaften Friedens gerichtet, der ohne ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland nicht denkbar ist. Die Sowjetunion hat in den vergangenen Jahren keine Gelegenheit vorübergehen lassen, in Konferenzen mit den anderen Besatzungsmächten die Forderung auf Abschluß eines Friedensvertrages, auf Bildung einer deutschen Regierung, auf Herstellung eines einheitlichen Deutschlands und schließlich auf Abzug aller Besatzungstruppen ein Jahr nach Abschluß des Friedensvertrages zu wiederholen. Die Bemühungen der

Sowjetunion sind durch die Spaltungspolitik der Westmächte immer wieder zunichte gemacht worden. Die Sowjetunion beabsichtigte nicht, Deutschland auf unbegrenzte Zeit besetzt zu halten. Als die Sowjetregierung feststellen mußte, daß infolge der systematischen Verletzung des Potsdamer Abkommens durch die Westmächte, infolge der mit Bildung des separaten Weststaates vollzogenen Spaltung Deutschlands eine neue Lage entstanden war, die neue grundlegende Entscheidungen erforderlich machte, hat die Sowjetregierung nicht gezögert, wenigstens von sich aus und soweit es ihr möglich war, dem deutschen Volk die im Potsdamer Abkommen zugebilligten Rechte zu gewähren. Die von Armeegeneral Tschuikow am 10. Oktober 1949 übermittelte Erklärung der Sowjetregierung bestätigt die Folgerichtigkeit und Ehrlichkeit der sowjetischen Politik der Freundschaft und des Friedens mit dem deutschen Volk. Diese Erklärung leitet eine Wende in der Geschichte Deutschlands ein. Im Namen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und im Namen des deutschen Volkes danke ich der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken für die befreiende Tat, die dem deutschen Volk wieder eine eigene staatliche Entwicklung gewährleistet. Insbesondere gilt unser Dank dem Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, Generalissimus Stalin. Die befreiende Tat der Sowjetunion, die uns die Bildung einer eigenen deutschen Regierung ermöglichte, verpflichtet uns, in Zukunft noch mehr als bisher für die Freundschaft mit der Sowjetunion einzutreten. Frieden und Freundschaft mit der Sowjetunion sind Voraussetzung für ein Aufblühen, ja, für die nationale Existenz des deutschen Volkes und Staates. Die Freundschaft mit der Sowjetunion gibt uns die Kraft zur Erfüllung der großen nationalen Aufgaben, die sich die Regierung gestellt hat.

Die Politik des Friedens und der Freundschaft zur Sowjetunion findet ihre Ergänzung im Verhältnis zu den Volksdemokratien, vor allem mit unseren Nachbarn, dem neuen Polen und der Tschechoslowakischen Republik sowie mit allen friedliebenden Völkern. In ihren Bemühungen um die Gewinnung von Söldnern gegen die Sowjetunion und gegen die Volksdemokratien haben die Westmächte, die die Oder-Neiße-Grenze mit geschaffen haben, die die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung dieser Gebiete nicht nur mit beschlossen haben, sondern auch an ihrer aktiven Durchführung beteiligt waren, den Versuch unternommen, diese Grenze zu einer Grenze der Feindschaft zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn zu machen. Die imperialistischen Westmächte und ihre Beauftragten haben erst dann begonnen, die Oder-Neiße-Grenze zur Schürung des Chauvinismus auszunutzen, als ihnen klar wurde, daß die polnische Republik für den anglo-amerikanischen Imperialismus verloren ist. Die Oder-Neiße-Grenze ist für uns eine Friedensgrenze, die ein freundschaftliches Verhältnis mit dem polnischen Volk ermöglicht. Es ist verbrecherisch, auch nur den Gedanken zu erwägen, das ausgeblutete deutsche Volk noch einmal in Krieg und Katastrophe zu stürzen. Wer übrigens dem Besatzungsstatut zugestimmt und damit seine Bereitschaft bewiesen hat, Deutschland als Kolonie an die imperialistischen Mächte, auszuliefern, hat auch kein Recht, über Grenzfragen im Osten zu zetern.

Die Regierung weiß sich in ihrer Stellungnahme zur Oder-Neiße-Grenze in Übereinstimmung mit allen deutschen demokratischen Parteien. In den vom demokratischen Block einstimmig angenommenen Grundsätzen ist diese Stellungnahme der deutschen demokratischen Parteien verankert.

Die Regierungen der Volksdemokratien haben zusammen mit der Sowjetunion schon anlässlich der Warschauer Außenministerkonferenz im Juni 1948 Beschlüsse gefaßt, welche die Einheit Deutschlands, den Abschluß eines gerechten Friedensvertrages und den Abzug aller Besatzungstruppen verlangen. Diese Beschlüsse bedeuten eine große Unterstützung des deutschen Volkes. Die Wiedergewinnung des Vertrauens und die Herbeiführung eines auf gegenseitiger Achtung beruhenden Verhältnisses zu allen Völkern erfordern deshalb mehr denn je die Unterbindung jeder Völkerverhetzung. Die Freundschaft mit der Sowjetunion, den Volksdemokratien und allen anderen friedliebenden Völkern ist daher die Grundlage der Außenpolitik der Regierung.

Die deutsche Regierung ist gewillt, freundschaftliche und friedliche Beziehungen zu allen Staaten herzustellen, die ihrerseits bereit sind, in Frieden und Freundschaft mit Deutschland zu leben und die unsere nationalen Interessen anerkennen.

Den Ausbau von Handelsbeziehungen zu allen Staaten, die bereit sind, mit uns auf der Grundlage der Gleichberechtigung Handel zu treiben, sieht die Regierung als eine ihrer wichtigsten Aufgaben an.

Besonders wichtig sind für uns die Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion und den Volksdemokratien, die in den letzten Jahren bereits einen beachtlichen und erfreulichen Umfang erreicht haben. Die Regierung wird auch bemüht sein, rasch einen umfangreichen Handel mit der jüngsten Volksrepublik, China, zu entwickeln.

Die Quellen unserer Kraft

Die Unterstützung, die das deutsche Volk im Kampf um seine nationalen Rechte bei der Sowjetunion und den Volksdemokratien gefunden hat, mit der wir auch in Zukunft rechnen können, darf unsere Augen nicht vor der Tatsache verschließen, daß das deutsche Volk selbst um seine Rechte kämpfen und sich diese Rechte erringen muß. Die Unterstützung auf dem Gebiete der internationalen Politik ist für uns von unschätzbarem Wert. Sie ist aber eben nur eine Unterstützung und setzt das Eintreten aller patriotischen Kräfte des demokratischen Deutschlands für die Rechte des deutschen Volkes voraus.

Die Quelle unserer Kraft liegt in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, die alle ehrlichen Deutschen im Kampf um die allen gemeinsamen nationalen Ziele zu vereinen bestrebt ist. In der Frage der Einheit Deutschlands, des Abschlusses eines gerechten Friedensvertrages, des Abzuges aller Besatzungstruppen in einer festzusetzenden kurzen Frist nach Abschluß des Friedensvertrages, in der Frage der Entmilitarisierung, der Wiederherstellung der nationalen Selbständigkeit und Souveränität des deutschen Volkes auf demokratischer Grundlage kann es unter ehrlichen deutschen Patrioten keine Meinungsverschiedenheiten geben. Sie müssen daher einmütig zusammenstehen und zusammenarbeiten. Von ihrer Einheit und ihrer Zusammenarbeit hängt die Rettung der deutschen Nation ab.

Die in dem Manifest der Nationalen Front des demokratischen Deutschland enthaltenen Forderungen können mit gutem Gewissen von jedem ehrlichen Deutschen ungeachtet seiner parteimäßigen Bindung oder seiner Weltanschauung unterschrieben werden. Die Durchsetzung der in dem Manifest der Nationalen Front des demokratischen Deutschland enthaltenen Forderungen, die auch die Forderungen der deutschen Regierung sind, gewährleistet ein demokratisches, friedliches und freies Deutschland mit blühender Wirtschaft, einem sich ständig erhöhenden Lebensstandard seiner Bevölkerung. Sie gewährleistet eine Entwicklung der kulturellen Kräfte des deutschen Volkes, die Deutschland wieder Ansehen unter den Völkern der Welt eintragen wird. Es genügt aber nicht, mit den Forderungen der Nationalen Front einverstanden zu sein und die Ziele der Nationalen Front zu billigen. Die Ziele der Nationalen Front müssen erkämpft werden, erkämpft von allen Deutschen, die sich zu ihnen bekennen.

Die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands wird uns ebenso wenig geschenkt werden wie die Beseitigung des Besatzungsstatuts und des separaten westdeutschen Staates oder der Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland. Es ist klar, daß auch die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, die Einführung einer einheitlichen Währung für ganz Deutschland, ungehinderter Handel, freier Verkehr für die Bevölkerung und für Waren zwischen allen Ländern und Zonen Deutschlands auf Widerstand stoßen werden und von der Nationalen Front, das heißt der überwältigenden Masse der deutschen Bevölkerung, erkämpft werden müssen.

Die zerstörten deutschen Städte und Dörfer, die zerstörten Wohnungen und Fabriken werden nicht wiedererstehen, wenn das deutsche Volk die Hände in den Schoß legen würde. Alle ehrlichen Deutschen müssen also zusammenarbeiten, um die Folgen des Krieges möglichst schnell zu überwinden, um ein freies, blühendes, demokratisches und friedliebendes Deutschland erstehen zu lassen.

Unsere großen Aufgaben, die zur Rettung der deutschen Nation erfüllt werden müssen, gestatten uns nicht den Luxus, die Kräfte des deutschen Volkes im Kampf untereinander zu lähmen und zu zersplittern. Die Nationale Front aller ehrlichen Deutschen, denen die Zukunft ihres Vaterlandes am Herzen liegt, schafft die realen Voraussetzungen zur Überwindung des nationalen Notstandes. Die Größe unserer Aufgaben und die Größe der Gefahren, die das deutsche Volk bedrohen, erfordern eine neue Art von Beziehungen zwischen den Parteien und Organisationen, erfordern enge freundschaftliche Zusammenarbeit und Einmütigkeit in den Beschlüssen und Handlungen. Diese der Situation des deutschen Volkes angemessene Zusammenarbeit ist im Block der demokratischen Parteien verwirklicht. Die enge Zusammenarbeit aller demokratischen

Parteien und Organisationen gab und gibt uns die Möglichkeit, die ganze lebendige und unerschöpfliche Kraft des deutschen Volkes, die lebendige Kraft der Arbeiterschaft, unserer Bauern, der Wissenschaftler und aller anderen Schichten des Volkes, zusammenzufassen und gemeinsam an die Lösung der großen nationalen Aufgaben des deutschen Volkes mit der Gewißheit des Erfolges heranzugehen.

Von der Überwindung der Kriegsschäden zur vollen Entfaltung der Friedenswirtschaft

Die Zusammenfassung aller Kräfte des deutschen Volkes, der Verzicht auf kleinliche Streitigkeiten der Parteien und Organisationen untereinander, die Politik des Blocks der demokratischen Parteien hat bereits große Erfolge gezeitigt. Wir sind im besten Zuge, die zerstörte Wirtschaft planmäßig wiederaufzubauen und an den Umfang der Vorkriegsproduktion heranzukommen. Während sich in Westdeutschland die Anzeichen der herannahenden Wirtschaftskrise bemerkbar machen, während dort Millionen Menschen ohne Arbeit und ausreichenden Verdienst leben müssen, ist es uns dank der Hilfe und unserer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den Volksdemokratien gelungen, unsere Wirtschaft von der krisenhaften Entwicklung der kapitalistischen Welt frei zu halten. Planmäßig wird unsere Wirtschaft wieder aufgebaut. Im Jahre 1950 wird die allgemeine Industrieproduktion um 18 Prozent steigen, womit das Niveau, der Produktion von 1936 erreicht wird. Schon heute können wir mit Stolz und Befriedigung feststellen, daß der Zweijahrplan in den Hauptindustrien bereits im Sommer 1950 erfüllt werden kann, wenn alle Möglichkeiten restlos ausgeschöpft werden. Wir sind an unseren Aufbau herangegangen, ohne uns durch Dollarkredite in die Abhängigkeit ausländischer Finanzkreise zu begeben. Bei uns erfolgt der Aufbau mit den Kräften aller Schichten des deutschen Volkes, und es hat sich gezeigt, daß trotz des Krieges, trotz der Verwüstungen, trotz der Ausblutung diese Kräfte des deutschen Volkes größer sind, als man annehmen konnte. Wir sind in der Lage, im nächsten Jahre zur Wiederherstellung unserer Volkswirtschaft die bedeutende Summe von 2 Milliarden Mark aufzuwenden. Das ist viermal mehr als im Jahre 1948. Mit den ersten Erfolgen des Zweijahrplans wächst in der Bevölkerung das Vertrauen in die eigene Kraft, das wiederum Voraussetzung ist für die Entfaltung noch größerer Kraftanstrengungen, für die Erringung entscheidender Erfolge. Die Erreichung des Produktionsniveaus der Vorkriegszeit ist das erste Ziel, das wir uns gesetzt haben. Es ist, wenn ich es so ausdrücken darf, das Ziel der Beseitigung der schlimmsten Kriegsschäden, das Ziel des Wiederaufbaus der Wirtschaft. Der Neuaufbau muß weit über die Vorkriegsproduktion hinausgehen und das Lebensniveau der Bevölkerung beträchtlich verbessern. Das ist gewiß nicht leicht und erfordert große Anstrengungen, denn wir werden noch große Schwierigkeiten haben, weil die Folgen der durch den Hitlerkrieg hervorgerufenen Katastrophe noch große Aufwendungen zu ihrer Beseitigung erfordern, weil der Verlust des Ruhrgebiets ein schwerer Schlag für die gesamte deutsche Wirtschaft ist und weil durch die Spaltungspolitik die wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Ost und West gestört sind. Schon heute aber wissen wir, daß dem zweiten Jahr des Zweijahrplans, dem Jahre 1950, das erste Jahr eines noch größeren Planes folgen wird. Die Regierung wird für die Ausarbeitung dieses Planes, der völlig neue Probleme der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung stellen wird, die breitesten Kreise der deutschen Wissenschaftler und Techniker heranziehen. Es ist heute noch zu früh, die Perspektiven dieses Planes aufzuzeigen. Nur eines läßt sich auf Grund der Erfahrungen, die wir im Zweijahrplan gesammelt haben, sagen, daß sich der Entwicklung einer planmäßigen, friedlichen Wirtschaft ungeahnte Perspektiven eröffnen, wenn die Kräfte des ganzen Volkes sich auf dieses Ziel konzentrieren und wenn dem deutschen Volk neue Kriege und Katastrophen erspart bleiben.

Bei der Durchführung des Zweijahrplans, bei der Durchführung unseres wirtschaftlichen Wiederaufbaus, bei der Beseitigung der Schäden und Zerstörungen, die uns das Hitlerregime hinterlassen hat, haben die Werktätigen aller Schichten, die Arbeiter vor allem, aber auch die Angehörigen der Intelligenz, der werktätigen Bauernschaft und die Angestellten unter schweren Lebens und Arbeitsbedingungen bereits große Leistungen vollbracht. All den Aktivisten aus den Gruben und Fabriken, dem Verkehrswesen, der Landwirtschaft und unserer jungen demokratischen Verwaltung gebührt der Dank des ganzen deutschen Volkes für ihre aufopfernde unermüdliche Arbeit.

Der Dank des deutschen Volkes ist auch den hervorragenden Technikern und Funktionären der Verwaltung der Sowjetischen Militäradministration abzustatten, die uns seit 1945 unermüdlich geholfen haben und deren Erfahrungen in der Planwirtschaft auch für unsere Wirtschaftsplanung ausgewertet werden konnten.

Der Dank des deutschen Volkes gebührt auch den Angehörigen der Deutschen Wirtschaftskommission und der Zentralverwaltungen, die eine große und verantwortungsvolle Arbeit leisteten und eine solide Grundlage geschaffen haben, auf der die deutsche Regierung jetzt weiter bauen kann. Nachdem die verantwortliche Verwaltung, die bisher in den Händen der SMA lag, der deutschen Regierung übergeben wurde, müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, um die großen Aufgaben zu erfüllen.

Durch Erhöhung der Arbeitsproduktivität zur Verbesserung der Lebenslage

Während im Westen Deutschlands die sogenannte soziale Marktwirtschaft zur Steigerung der Gewinne der kapitalistischen Monopole auf der einen Seite und zur fortschreitenden Verelendung des arbeitenden Volkes auf der anderen Seite führt, bekennt sich die Regierung zum Prinzip der Wirtschaftsplanung, die ihre Grundlage im volkseigenen Sektor der Wirtschaft hat. In dieser geplanten Wirtschaft ist die Mitbestimmung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe und anderer Massenorganisationen der schaffenden Menschen fest verankert und die Garantie für den Erfolg der neuen demokratischen Ordnung.

Der beginnende planmäßige Aufbau unserer Wirtschaft, die planmäßige Beseitigung der Kriegsschäden, die planmäßige Erhöhung der Produktion haben den Ring bereits durchbrochen, der jede Aufwärtsentwicklung unmöglich zu machen schien. Mehr Arbeit verlangt bessere Versorgung der Arbeitenden. Bessere Versorgung der Arbeitenden setzt mehr Arbeit voraus. Aus diesem Ring schien es eine Zeitlang kein Entkommen zu geben. Die Aktivistenbewegung in unserer Arbeiterschaft hat den Ring durchbrochen. Unter großen Entbehrungen wurde zunächst die Produktion verbessert und erhöht, und diese verbesserte und erhöhte Produktion kommt jetzt den arbeitenden Menschen zugute. Wenn wir die Versorgung von heute mit der Versorgung vor etwa einem Jahre vergleichen, dann können wir feststellen, daß sich die Lage auf allen Gebieten beträchtlich gebessert hat. Das ist alles aber noch nicht ausreichend. Die Werktätigen, die angestrengt arbeiten, brauchen eine bessere Ernährung, eine bessere Versorgung mit Bedarfsgütern aller Art. Das wichtigste Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität, um die unsere Aktivisten so beharrlich kämpfen. Die Regierung wird ihre ganze Kraft dafür aufwenden, diesen Kampf um erhöhte Arbeitsproduktivität zum Erfolg zu führen. Die in diesem Jahre erzielten Fortschritte in der Industrie werden bald beginnen, sich in der Landwirtschaft und in dem Außenhandel auszuwirken. Die Traktoren und landwirtschaftlichen Maschinen, die unsere Maschinenausleihstationen den Bauern zur Verfügung stellen, tragen dazu bei, die Erzeugung von Nahrungsmitteln aus eigener Kraft weiter zu steigern. Diese Arbeit beginnt die ersten Früchte zu tragen. Die Ernte wird von Jahr zu Jahr größer sein. Das Ziel für das Jahr 1950 ist die Erreichung von Vorkriegsernteerträgen in der Landwirtschaft, die es ermöglichen, die Zwangsbewirtschaftung von Lebensmitteln, außer Fleisch und Fett, nach der nächstjährigen Ernte aufzuheben. Die Regierung wird mit den dazu nötigen Maßnahmen bald an die Öffentlichkeit treten. Die Arbeiter der Industrie, die Wissenschaftler, die Bauern, müssen Hand in Hand arbeiten, um dieses Ziel zu erreichen, das der ganzen Bevölkerung zugute kommen wird.

Zunächst aber wird die Regierung eine Reihe von Sofortmaßnahmen durchführen, wie die Abschaffung der Karte IV und gewisse Verbesserungen in der Versorgung bestimmter Arbeitergruppen, um die Lage unserer schaffenden Menschen zu erleichtern.

Besondere Aufmerksamkeit wird die Regierung der Entwicklung der Außenhandelsbeziehungen zuwenden, die eine entscheidende Rolle bei der Verbesserung der Versorgung spielen. Sie wird noch in diesem Jahre die Einfuhr von Walzwerkerzeugnissen und von Baumwolle erhöhen, um dadurch die Erzeugung von Exportwaren zu heben. Dank der Steigerung unserer industriellen Produktion wird die Regierung über größere Mengen hochwertiger Qualitätswaren verfügen, die es möglich machen werden, die Einfuhr von Lebensmitteln zu vergrößern. Die weitere Entwicklung unserer Handelsbeziehungen mit den Ländern der Volksdemokratie und besonders mit der Sowjetunion ermöglicht es der Regierung, die Einfuhr von Brotgetreide und Fett wesentlich zu steigern.

Dies sind die realen Grundlagen, die es mir ermöglichen, eine beträchtliche Verbesserung der Versorgung in Aussicht zu stellen. Die Regierung lehnt es ab, die Volksmassen mit leeren Versprechungen zu täuschen, sondern sie legt die konkreten Maßnahmen dar, die unter den gegebenen Bedingungen durchgeführt werden

können und deren Erfolg bereits sichergestellt ist.

Mit diesen Maßnahmen zur Verbesserung der allgemeinen Lage der Bevölkerung wird die Regierung ihre besondere Sorge den Alten, den Arbeitsunfähigen und den Hinterbliebenen zuwenden. Sie wird ihre besondere Sorgfalt dem Ausbau der Sozialversicherung widmen.

Die Regierung wird auch der Entwicklung des Handwerks und des gewerblichen Mittelstandes ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Auch im gewerblichen Mittelstand sieht die Regierung einen wichtigen Faktor unserer gesamten Wirtschaft, dessen Existenzgrundlagen zu sichern sind. Sie wird alles tun, um auch die private Unternehmerinitiative der Entwicklung unserer Wirtschaft dienstbar zu machen.

Die Durchführung der wirtschaftlichen Aufbaumaßnahmen macht die Heranziehung aller arbeitsfähigen deutschen Menschen nötig. Die weitere sinnvolle Eingliederung der Umsiedler betrachtet die Regierung als eine ihrer moralischen Verpflichtungen, die unverzügliche Rückkehr der letzten kriegsgefangenen Soldaten, ganz gleich, wo sie sich befinden mögen, wird die Regierung zu erreichen versuchen. Ebenso hält die Regierung es für ihre Pflicht, die ehemaligen Mitglieder der Nazipartei, soweit sie nicht Strafen für ihre Verbrechen verbüßen, als gleichberechtigte Bürger in unser gesellschaftliches Leben zurückzuführen. Wir können auf keine schaffende Hand verzichten.

Die Schritt für Schritt zu erarbeitende Steigerung des Lebensniveaus muß Hand in Hand gehen mit einer Förderung des kulturellen Lebens. Die Errungenschaften der Kultur sollen allen Schichten unseres Volkes vermittelt werden. Die vornehmste Aufgabe der Regierung wird es sein, die begonnene demokratische Schulreform fortzuführen, wobei sie sich besonders um die Förderung des Arbeiter-und-Bauern-Studiums bemühen wird. Die eingeleiteten Maßnahmen zur Erhaltung und Förderung der deutschen Wissenschaft und Kunst wird die Regierung energisch fortsetzen und erweitern. Die Regierung ist sich der großen Bedeutung des Wirkens der Geistesschaffenden für die Entfaltung unserer Wirtschaft und unseres kulturellen Lebens bewußt. Sie wird darum alles Erforderliche tun, um das Leben der Intellektuellen zu erleichtern.

Die Regierung wird die verfassungsmäßig garantierte Glaubens- und Gewissensfreiheit gewährleisten.

In dieser Stunde der Wiedergeburt des deutschen Staates gedenkt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik der Millionen Opfer aller Völker, die unter der Geißel des Hitlerfaschismus ihr Leben lassen mußten. Sie gedenkt in Ehrfurcht des Opfertodes von Zehntausenden deutscher Männer und Frauen, die im Kampf gegen das barbarische Naziregime, zur Verhinderung des Krieges, für seine Beendigung und für ein friedliebendes Vaterland gestorben sind. Sie starben, damit ihr Volk lebe. Diese deutschen Männer und Frauen haben durch ihren Kampf und durch ihren Opfertod bei den fortschrittlichen Kräften aller Völker die Grundlagen eines neuen Vertrauens zu einem anderen Deutschland geschaffen. Ihr heroisches Beispiel soll in unserer Jugend und in unserem Volke unabhängig von jeder politischen und weltanschaulichen Auffassung fortleben. Die Regierung hält es für ihre Pflicht, den überlebenden Widerstandskämpfern und den Witwen und Waisen der Opfer des Faschismus bei der Sicherung ihrer Existenz zu helfen, wie sie auch um eine Besserung des Lebens der Sozialrentner bemüht sein wird. Sie hält es aber auch für ihre Pflicht, der Wiederbelebung faschistischer, militaristischer und antisemitischer Ideen sowie einer solchen Betätigung mit der ganzen Schärfe des Gesetzes entgegenzutreten. Wir wollen nicht zurück in die Barbarei!

Die Regierung richtet einen Appell an alle gutwilligen Deutschen zur Mitarbeit an den großen Aufgaben, die vor uns stehen. Diese deutsche Regierung ist eine Regierung der Arbeit, der Demokratie und des Friedens. Das Programm der deutschen Regierung ist das Programm des deutschen Volkes. Wir tauschen nicht die Verfassung gegen ein Besatzungsstatut! Viel zu hoch schätzen wir unsere eigene Handlungsfreiheit, die die befreiende Tat der Sowjetregierung uns gegeben hat. Jetzt gilt es, diese Handlungsfreiheit richtig zu nutzen, im Interesse des Friedens zum Wohle des deutschen Volkes.

Diese Regierung hat ihre Legitimation vom Volke erhalten und wird sich in allen ihren Handlungen dem Volke verantwortlich fühlen. Daher halten es die Mitglieder der deutschen Regierung für ihre erste Verpflichtung, zu den Aktivisten zu gehen, die den Aufbau unserer Wirtschaft und des Staates tragen, ohne

den unsere Arbeit sinnlos sein müßte. Wir werden am morgigen Tage der Aktivisten vor den Arbeitern in den Betrieben unser Programm entwickeln und die Bestätigung des arbeitenden Volkes einholen. Am gestrigen Tage waren wir Zeugen, wie die Bevölkerung und besonders unsere Jugend mit Begeisterung und innerer Anteilnahme die staatspolitischen Akte der letzten Tage, die sich vor ihren Augen in der Hauptstadt Deutschlands abgespielt haben, begrüßten. Mit einem Volke, das eine solche Jugend besitzt, kann die Regierung mit froher Zuversicht an ihre verantwortungsvolle Arbeit gehen.

1. J. Stalin, „Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion“, S. 50.